

Anno ... 15. Woche

1847, 11. April: Der König von Preußen Friedrich Wilhelm IV. eröffnet mit dem sogenannten Vereinigten Landtag das erste preußische Parlament. Die Einrichtung geht letztlich auf den steigenden Finanzbedarf des Staates zurück, auch die im Landtag vertretenen Reichsstände sollten für Kredite bürgen. Als die Versammlung aber staatliche Anleihen für den Eisenbahnbau verweigert und die Umsetzung des 1815 gegebenen Verfassungsversprechens anmahnt, lässt der Monarch das Parlament am 26. Juni wieder auflösen.

1877, 12. April: Großbritannien annektiert die Burenrepublik Transvaal. Das britische Königreich konsolidiert damit zunächst seine Machtposition im südlichen Afrika. Drei Jahre später kommt es zum Aufstand der Nachfahren der niederländischen Siedler, die im sogenannten Ersten Burenkrieg die Selbstverwaltung unter britischer Oberherrschaft erstreiten. Sie dauert bis 1900, als die Briten die Republik erneut annektieren und schließlich nach einem neuerlichen Aufstand 1910 als Provinz der Südafrikanischen Union einverleiben.

1927, 11. April: Eine vorläufige Bilanz des US-amerikanischen Schatzamtes weist aus, dass seit Inkrafttreten der Prohibition im Jahr 1920 mehr als 300.000 Personen verhaftet und 5,5 Millionen Gallonen (20,8 Millionen Liter) Alkohol beschlagnahmt wurden. Das auch als »das ehrenhafte Experiment« bezeichnete Verbot der Produktion und Distribution von Alkoholika wird 1933 vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise aufgehoben. Konsequenz umsetzen konnten es die Behörden zu keinem Zeitpunkt.

1932, 13. April: Der parteilose Reichswehrminister Wilhelm Groener verfügt eine Notverordnung »Zur Sicherung der Staatsautorität«, die ein Verbot der paramilitärischen NSDAP-Kampforganisationen Sturmabteilung (SA) und Schutzstaffel (SS) vorsieht. Die von Reichspräsident Paul von Hindenburg unterzeichnete Verordnung stößt auf den scharfen Protest rechter Parteien und Verbände. Am 14. Juni 1932 hebt die neue Regierung unter Reichskanzler Franz von Papen das Verbot wieder auf.

1957, 12. April: Führende westdeutsche Atomwissenschaftler, darunter Werner Heisenberg, fordern die Bundesregierung in einer gemeinsamen Erklärung zum Verzicht auf atomare Rüstung auf und sprechen sich für die friedliche Nutzung der Atomenergie aus. Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte Atomwaffen zuvor öffentlich als »Weiterentwicklung der Artillerie« verharmlost.

<https://www.jungewelt.de/artikel/308719.anno-15-woche.html>